

Kleine Anfrage

des Abg. Chris Hegel AfD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren,
für Digitalisierung und Europa**

Ausbreitung synthetischer Opioide wie Fentanyl in Baden-Württemberg sowie flächendeckende Ausstattung von Polizeibeamten mit dem Gegenmittel Naloxon

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele drogenbedingte Todesfälle gab es in Baden-Württemberg in den Jahren 2014 bis 2025 sowie bislang im Jahr 2026 (bitte nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln)?
2. Wie viele der drogenbedingten Todesfälle standen im Zusammenhang mit dem Konsum von Fentanyl, anderen synthetischen Opioiden oder neuen psychoaktiven Stoffen (bitte jahresweise nach Art des Betäubungsmittels, Alter und Geschlecht aufschlüsseln sowie zwischen reinen Opioid-Fällen und Mischintoxikationen unterscheiden)?
3. In wie vielen Fällen wurden in den Jahren 2014 bis 2025 sowie bislang im Jahr 2026 in Baden-Württemberg bei polizeilichen Maßnahmen, (Schnell-)Tests in Drogenkonsumräumen oder Einsätzen mit Verdacht auf Opioid-Überdosierung Spuren von Fentanyl oder anderen synthetischen Opioiden festgestellt (bitte jahresweise nach Art des Opioids aufschlüsseln)?
4. Wie bewertet sie die aktuelle Gefahrenlage durch Fentanyl und synthetische Opioide in Baden-Württemberg und wie hat sich die Einschätzung seit 2019 verändert?
5. Ist Naloxon derzeit bereits an Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg vorhanden (bitte nach Standort, Darreichungsform, Mengen und Zeitpunkt der Bereitstellung aufschlüsseln)?

6. Plant sie die Durchführung eines Pilotprojekts oder eines landesweiten Roll-outs zur Ausstattung von Polizeibeamten mit Naloxon (bitte gegebenenfalls den geplanten Zeitplan, die Pilotstandorte sowie den Produkttyp nennen; falls keine Ausstattung vorgesehen ist, bitte die organisatorischen und rechtlichen Hinderungsgründe hierfür ausführlich darlegen)?

20.6.2026

Hegel AfD

Begründung

Wie aus einem Bericht des SWR vom März 2026 (<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/neue-suchtwelle-opioide-fentanyl-warnung-100.html>) hervorgeht, warnt die Landesstelle für Suchtfragen vor einer neuen Suchtwelle synthetischer Opioide (u. a. Fentanyl, Tilidin, Oxycodon und neue synthetische Substanzen) in Baden-Württemberg. Internationale Stellen wie Interpol und die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht warnen seit Jahren vor einem möglichen Überschwappen der US-amerikanischen Opioidkrise nach Europa. Ursache hierfür ist unter anderem die zunehmende Verdrängung von Heroin durch hochpotente synthetische Opioide. Naloxon, insbesondere als Nasenspray, gilt als wirksames und einfach handhabbares Notfallmedikament zur Umkehrung von Opioid-Überdosierungen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert bereits seit 2024 eine flächendeckende Ausstattung aller Streifen- und Zivilfahrzeuge mit Naloxon. Vor diesem Hintergrund soll die vorliegende Kleine Anfrage konkrete Zahlen zu opioid- und insbesondere fentanylbezogenen Vorfällen in Baden-Württemberg liefern und zugleich klären, ob und welche Maßnahmen die Landesregierung zum Schutz ihrer Polizeibeamten ergreift.

Antwort

Mit Schreiben vom 17. Juli 2026 Nr. IM3-0141.5-695/44/4 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie viele drogenbedingte Todesfälle gab es in Baden-Württemberg in den Jahren 2014 bis 2025 sowie bislang im Jahr 2026 (bitte nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln)?*

Aus datenschutzrechtlichen Gründen liegen statistische Daten zu drogenbedingten Todesfällen beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg grundsätzlich nur für einen Zehnjahreszeitraum vor. Daten für das laufende Kalenderjahr 2026 unterliegen noch der unterjährigen Validierung und können daher nicht ausgewiesen werden. Im Übrigen ist eine detaillierte Differenzierung bzw. Darstellung nach den einzelnen Staatsangehörigkeiten im Sinne der Fragestellung innerhalb der für parlamentarische Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht in vertretbarem Aufwand möglich.

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
RG-Todesfälle	170	160	121	145	158	130	179	141	195	191
Ø-Alter	35,9	37,7	38,2	38,1	37,5	38,2	37,4	37,4	37,3	37,2
Erwachsene	165	155	116	140	148	120	171	133	182	174
Heranwachsende	5	5	5	5	8	8	5	7	11	15
Jugendliche	0	0	0	0	1	2	3	1	2	2
Kinder	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
männlich	145	140	103	121	132	112	144	121	171	159
weiblich	25	20	18	24	26	18	35	20	24	32
deutsch	154	145	105	122	127	105	147	120	164	156
nichtdeutsch	16	15	16	23	31	25	32	21	31	35

Die Zahl der Drogentoten bewegt sich im Jahr 2025 auf dem Vorjahresniveau. Im Jahr 2025 starben 191 Personen an den Folgen des Konsums. Das Durchschnittsalter ist mit 37,2 Jahren nahezu identisch zum Vorjahr. In der Gesamtschau ist ein Anstieg hinsichtlich des Anteils junger Menschen festzustellen.

2. *Wie viele der drogenbedingten Todesfälle standen im Zusammenhang mit dem Konsum von Fentanyl, anderen synthetischen Opioiden oder neuen psychoaktiven Stoffen (bitte jahresweise nach Art des Betäubungsmittels, Alter und Geschlecht aufschlüsseln sowie zwischen reinen Opioid-Fällen und Mischintoxikationen unterscheiden)?*

Die statistische Zuordnung der todesursächlichen Substanzen basiert maßgeblich auf dem Ergebnis der polizeilichen Todesfallermittlungen und wird nicht in jedem Einzelfall durch eine chemisch-toxikologische Untersuchung wissenschaftlich verifiziert. Die statistische Differenzierung erfolgt anhand der Kategorien Fentanyl, opioidhaltige Medikamente, Substitutionsmittel sowie neue psychoaktive Opioide. Da der gesetzliche Begriff der „neuen psychoaktiven Stoffe“ auch stofffremde Substanzklassen wie Cannabinoide oder Cathinone umfasst, beziehen sich die nachfolgend ausgewiesenen Zahlen ausschließlich auf neue synthetische Opioide. Die zu Frage 2 erbetene tiefergehende Aufschlüsselung der einzelnen Substanzkategorien nach den Merkmalen Alter und Geschlecht erfordert eine manuelle Einzelfallprüfung und ist innerhalb der für parlamentarische Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mit vertretbarem Aufwand möglich.

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Fentanyl	16	14	8	13	10	9	10	4	10	6
Opioidhaltige Medikamente	0	0	2	6	3	5	14	7	24	17
Substitutionsmittel	43	41	36	45	46	30	45	36	52	42
Neue psychoaktive Opioide	0	5	2	1	0	6	0	5	9	14
Mischkonsum¹	45	44	40	55	45	39	82	70	133	109
Überdosis¹	14	16	8	10	14	11	21	11	10	6

¹ Die jährliche Gesamtzahl der Rauschgifttodesfälle korreliert nicht mit der Summe der als todesursächlich aufgeführten Substanzen. Zum einen werden Suizide mittels Überdosis sowie Unfälle, bei welchen die Aspiration von Erbrochenem infolge von BtM-Intoxikation todesursächlich war, nicht aufgeführt. Zum anderen werden in Fällen des Mischkonsums alle betroffenen Substanzen erfasst, sodass regelmäßig eine Mehrfachzählung erfolgt.

Insgesamt starben im Jahr 2025 109 Personen an den Folgen einer Mischintoxikation, sechs Personen aufgrund einer Überdosis. Im Bereich der neuen psychoaktiven Opioide ist mit 14 Fällen im Jahr 2025 ein Anstieg der todesursächlichen Substanzen zum Vorjahr festzustellen, hinsichtlich der weiteren dargestellten Bereiche jeweils ein Rückgang.

3. *In wie vielen Fällen wurden in den Jahren 2014 bis 2025 sowie bislang im Jahr 2026 in Baden-Württemberg bei polizeilichen Maßnahmen, (Schnell-)Tests in Drogenkonsumräumen oder Einsätzen mit Verdacht auf Opioid-Überdosierung Spuren von Fentanyl oder anderen synthetischen Opioiden festgestellt (bitte jahresweise nach Art des Opioids aufschlüsseln)?*

Bei der Polizei Baden-Württemberg stehen keine Schnelltests für Fentanyl oder neue synthetische Opioide zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wird auf die Beantwortung zu Frage 4 hinsichtlich der derzeitigen Beurteilung der Lage verwiesen. Im Übrigen erfolgt eine Neubewertung lageangepasst. Bezüglich der Drogenkonsumräume wird auf § 8 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung der Landesregierung über den Betrieb von Drogenkonsumräumen verwiesen, wonach eine nähere Substanzanalyse zur Menge, Art und Zusammensetzung des Stoffes unzulässig ist. Statistische Daten im Sinne der Fragestellung werden folglich nicht erhoben.

4. *Wie bewertet sie die aktuelle Gefahrenlage durch Fentanyl und synthetische Opioide in Baden-Württemberg und wie hat sich die Einschätzung seit 2019 verändert?*

Grundsätzlich bergen synthetische Opioide aufgrund ihrer teilweise außerordentlich hohen Wirkpotenz für Drogenkonsumierende ein hohes Vergiftungsrisiko. Fentanyl wird in der Drogenszene seit vielen Jahren bewusst konsumiert. Darüber hinaus kommen diese Substanzen aufgrund einer in den vergangenen Jahren verringerten Marktverfügbarkeit von Heroin inzwischen zunehmend als Ersatzstoff zum Einsatz.

In der Gesamtschau wird die Gefahrenlage durch Fentanyl und synthetische Opioide in Baden-Württemberg allerdings derzeit als vergleichsweise gering bewertet. Der illegale Markt wird nach wie vor von Substanzen wie Kokain, Amphetamin und Heroin dominiert. Gleichwohl ist im Bereich der Neuen psychoaktiven Stoffe eine dynamische Entwicklung zu verzeichnen. Aufgrund fortlaufender chemischer Strukturveränderungen fallen neu auftauchende Substanzen teils nicht unmittelbar unter bestehende gesetzliche Verbote; sie sind im Internet frei zugänglich und müssen jeweils erst im Wege des gesetzgeberischen Verfahrens in die Anlagen des Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetzes (NpSG) aufgenommen werden.

5. *Ist Naloxon derzeit bereits an Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg vorhanden (bitte nach Standort, Darreichungsform, Mengen und Zeitpunkt der Bereitstellung aufschlüsseln)?*

Naloxon ist bereits an einzelnen Polizeidienststellen und Einrichtungen der Landespolizei vorhanden. Diese können in eigener Zuständigkeit und Verantwortung naloxonhaltige Nasensprays für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschaffen, die aufgrund ihrer Tätigkeit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einer Opioidexposition ausgesetzt sind. Dies gilt insbesondere für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kriminaltechnischen Institute des Landeskriminalamts sowie der regionalen Polizeipräsidien. Statistiken bezüglich der Verteilung von Naloxon werden nicht geführt.

6. *Plant sie die Durchführung eines Pilotprojekts oder eines landesweiten Rollouts zur Ausstattung von Polizeibeamten mit Naloxon (bitte gegebenenfalls den geplanten Zeitplan, die Pilotstandorte sowie den Produkttyp nennen; falls keine Ausstattung vorgesehen ist, bitte die organisatorischen und rechtlichen Hinderungsgründe hierfür ausführlich darlegen)?*

Bei einer Opioidintoxikation kann es zu einer Atemdepression kommen, die unbehandelt zum Atemstillstand führen kann. Um diesen zu verhindern, bedarf es neben dem richtigen Hilfsmittel auch den geschulten, (rechts-)sicheren Umgang mit

selbigem. Die Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst sind landesweit mit Beatmungsbeuteln ausgestattet. Für das korrekte Verhalten bei einem drohenden Atemstillstand werden Polizeibeamtinnen und -beamte bei Schulungen für lebensbedrohliche Einsatzlagen unter anderem am Beatmungsbeutel geschult. Seit 2016 werden alle Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten der Polizei Baden-Württemberg grundsätzlich als polizeiliche Ersthelfer ausgebildet. Im Rahmen der Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst und der Vorausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst absolvieren die Anwärterinnen und Anwärter eine Erste-Hilfe-Ausbildung bei einer Rettungsorganisation oder einer anderen berechtigten Stelle. Darüber hinaus haben alle operativ eingesetzten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten auch nach der Ausbildung jährlich mindestens vier Stunden oder alternativ alle zwei Jahre mindestens acht Stunden ein Erste-Hilfe-Training zu absolvieren, dessen Inhalte unter anderem die Herz-Lungen-Wiederbelebung umfassen. Die Landespolizei verfügt somit über die geeigneten Mittel und entsprechend geschulten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, um mit einer effektiven Masken-Beutelbeatmung gegen einen Atemstillstand anzukämpfen. Diese, gegen alle Formen von Atemstillstand effektive Behandlung, ist auch bei Verdacht einer opioidinduzierten Atemdepression die empfohlene, bis zum Eintreffen des medizinischen Fachpersonals durchzuführende, lebensrettende Sofortmaßnahme.

Hagel

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Europa